



Silvio Meihnsner, Kai Sauer und Heino Stender (v.li.) von der Wahlstedter Firma Papenburg haben in den zurückliegenden Wochen vier Bohr-Messstellen eingerichtet. In einem Fall verwehrt ihnen ein Landwirt den Zutritt. Der ZVO hat im Gebiet der geplanten Deponie bei Lebatz/Ahrensböök vier Grundwasser-Messstellen eingerichtet. Er erwartet Aufschluss darüber, ob Beeinträchtigungen von der Geländeoberfläche ausgehen könnten.

Die mobile Bohranlage sieht unspektakulär aus, und das neueste Modell ist sie auch nicht. Doch punktgenau und zuverlässig mit gleichmäßigem dumpfen Stampfen erledigt die 12,5 Tonnen schwere „B 300“ ihre Arbeit. Und die besteht zurzeit darin, bei Lebatz in der Großgemeinde Ahrensböök Grundwassermessstellen zu bohren – insgesamt vier Stück. „Eine Messstelle geht bis zu einer Tiefe von 70 Meter unter Gelände, gleich daneben wird eine weitere bis zu 25 Meter Tiefe gebohrt“, erklärte Geologe Dr. Peter Hempel (Kiel) bei einem Ortstermin mit Geschäftsführer Rüdiger Lange-Jost (ZVO Energie GmbH) und Sprecher Detlef Lichtenstein.

In Lebatz will, wie berichtet, das Straßen- und Tiefbauunternehmen Becker Bau Bornhöved, das dem weltweit operierenden Strabag-Konzern angehört, eine Bauschuttdeponie errichten. Dem Unternehmen gehören dort 60 Hektar, die Deponie soll auf rund zehn Hektar entstehen. Doch in Ahrensböök will niemand diese Abfallhalde, die Gemeinde nicht und erst recht nicht die Einwohner. Sie befürchten erhebliche Nachteile für Flora und Fauna – an einem Teich lebt beispielsweise die seltene Bechsteinfledermaus – und vor allem für das Trinkwasser.

Dieser Forderung schließt sich der ZVO an. „Das Ziel für uns bleibt die einwandfreie Qualität der Wasserversorgung“, betonte Rüdiger Lange-Jost. Immerhin würden durchschnittlich 40 000 Menschen von Ahrensböök aus versorgt, während der Urlaubszeit tausende mehr. Der Einzugsbereich reicht bis nach Scharbeutz und Timmendorfer Strand, bis in die Kreise Stormarn und Segeberg hinein. Rund 1,6 Millionen Kubikmeter Wasser fließen jährlich durch die Leitungen, so die beiden ZVO-Mitarbeiter. Weitere Wasserwerke stehen in Süsel, Timmendorfer Strand, Klötzin und Farve.

Doch den Widerstand der Einwohner gegen die Deponie bekam auch der ZVO zu spüren: Ein Landwirt lehnte die Anfrage des Zweckverbandes nach Betretungserlaubnis rundweg ab. „Wir mussten einen Alternativstandort suchen“, erklärte Detlef Lichtenstein. Über die vier Messstellen, von denen drei bereits angelegt sind, sollen der Boden-Schichtaufbau untersucht, hydraulische Zusammenhänge und das Grundwasser langfristig überwacht werden.

„Wir haben die Möglichkeit, über die Wasserstände die Grundwasser-Fließrichtung zu erkennen und über die Beprobung des Grundwassers festzustellen, ob Beeinträchtigungen von der Geländeoberfläche auf das Grundwasser ausgehen könnten“, erklärte der Geologe. Die Ergebnisse der Untersuchung, mit denen der ZVO für September/Oktober rechnet, gehen an das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR). Rund 30 sogenannte Träger öffentlicher Belange (TÖB) werden zur geplanten Deponie gehört, drei Scoping-Termine hat es bisher gegeben. Dabei werden die beteiligten Behörden und Antragsteller über den Rahmen der Untersuchung informiert. „Wir haben auch Umweltverbände frühzeitig eingeschaltet“, ergänzte LLUR-Sprecher Martin Schmidt. Diese Umweltverträglichkeitsuntersuchung (UVU) sei Bestandteil der umfangreichen Umweltverträglichkeitsprüfung; wenn diese abgeschlossen ist, könnte Becker Bau Bornhöved einen Planfeststellungsantrag einreichen.

Das Unternehmen wolle eine Deponie der Klasse I beantragen, das heißt, es könnten auch Abfälle gelagert werden, die nach der Abfallverzeichnisverordnung als gefährliche Abfälle einzustufen seien, sagte Christian Seyfert, Sprecher des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MLUR) auf Anfrage. Überwachungsbehörde sei das LLUR. Es werde im Genehmigungsverfahren auch prüfen, ob eine solche Deponie im Kreis Ostholstein überhaupt noch erforderlich ist. „Mit dem Antrag zur Genehmigung muss der Antragsteller auch eine Bedarfsprognose darstellen“, ergänzte der Ministeriumssprecher.

Die zu erwartenden Mengen an Bauabfall werden im gemeinsamen Abfallwirtschaftsplan von Hamburg und Schleswig-Holstein geringer als bisher eingeschätzt. Der Plan geht bis 2015 jährlich von bis zu 700 000 Kubikmeter Bauabfall aus. Dafür würden rund sieben Millionen Kubikmeter Ablagerungsvolumen benötigt; zur Verfügung stehen derzeit neun Millionen. Weitere Kapazitäten gibt es laut Abfallwirtschaftsplan in Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern.

Von Ursula Kronlage

Tweet 0

Lust auf mehr?